

20.11.2020

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksache 17/11195 -

**Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zum Ausgleich von  
Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden in Folge der COVID-19-Pandemie  
durch Bund und Länder (Gewerbesteuerausgleichsgesetz Nordrhein-Westfalen  
– GewStAusgleichsG NRW)**

**Berichterstatter:**

Abgeordneter Hans-Willi Körfges

### **Beschlussempfehlung**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 17/11195 - wird unverändert  
angenommen.

Datum des Originals: 20.11.2020 /Ausgegeben: 23.11.2020



**Bericht**

**A Allgemeines**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden in Folge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder (Gewerbesteuerausgleichsgesetz Nordrhein-Westfalen – GewStAusgleichsG NRW)“ (Drucksache 17/11195) wurde am 7. Oktober 2020 vom Plenum an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zur Beratung überwiesen. Die Mitberatung obliegt dem Haushalts- und Finanzausschuss.

Mit diesem Gesetzentwurf der Landesregierung soll eine Rechtsgrundlage für die Verteilung der zur Verfügung stehenden Ausgleichsmittel des Bundes und des Landes in Höhe von insgesamt 2,72 Mrd. Euro an die Kommunen für krisenbedingt entgangene Gewerbesteuerereinnahmen geschaffen und die bundesgesetzliche Regelung umgesetzt werden. So sollen u.a. Modalitäten der Festsetzung und Auszahlung der Mittel an die Gemeinden festgelegt werden. Die Verteilung der Ausgleichsmittel an die Kommunen soll sich an den erwarteten Gewerbesteuermindereinnahmen im Jahr 2020 orientieren und obliegt jedem Bundesland selbst.

**B Beratung**

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich mit dem Antrag seiner Sitzung am 2. Oktober 2020 beschäftigt und sich bei dieser Gelegenheit im Rahmen eines Vorratsbeschlusses auf eine Anhörung von Sachverständigen verständigt.

Daher wurden am 6. November 2020 folgende Experten angehört:

eingeladen	Stellungnahme
Helmut Dedy Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	<b>17/3228</b>
Dr. Bernd Jürgen Schneider Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	

<b>eingeladen</b>	<b>Stellungnahme</b>
Christoph Gerbersmann Fachverband der Kämmerer in NRW e.V. Mönchengladbach	<b>17/3256</b>
Apostolos Tsalastras Stadt Oberhausen Oberhausen	<b>nein</b>
Stefan Caplan Stadt Burscheid Burscheid	<b>17/3194</b>
Dr. Johannes Slawig Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ Stadt Wuppertal Wuppertal	<b>17/3219</b>
Bernd Essler Verein für Kommunalpolitik e.V. Neuss	<b>17/3216</b>
Mike-Sebastian Janke Kreis Unna Unna	<b>nein</b>
Dr. Manfred Busch Bochum	<b>17/3229</b>

(vgl. Ausschussprotokoll 17/1188).

Zudem lag zur Anhörung eine weitere Stellungnahme vor:

<b>WEITERE STELLUNGNAHME</b>	
Uwe Richrath Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Leverkusen	<b>17/3262</b>

Der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss hat sich in seiner Sitzung am 19. November 2020 nicht abschließend mit dem Gesetzentwurf beschäftigt.

### **C Abstimmung**

In der Sitzung am 20. November 2020 beschäftigte sich der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen letztmalig mit dem Gesetzentwurf und nahm ihn mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der AfD an, während die Fraktion der SPD ihn ablehnte.

Hans-Willi Körfges  
- Vorsitzender -